

Wahlprüfsteine zur Landratswahl

Die Klimaliste Marburg-Biedenkopf hat sich im Februar dazu entschieden, in Bezug auf die Landratswahl am 15.05.2022 keine eigene Kandidatin aufzustellen und auch keine Wahlempfehlung für andere Kandidat*innen auszusprechen. Stattdessen wollen wir mit Wahlprüfsteinen zur politischen Willensbildung beitragen und den Wähler*innen damit eine Richtschnur für ihre Entscheidung geben. Für die Abfrage zentraler politischer Positionen haben wir 11 Fragen zusammengetragen, die wir allen demokratischen Kandidat*innen zukommen ließen. Wir baten Carola Carius (Bündnis 90/ Die Grünen), Anna Hofmann (DIE LINKE), Sabine Kranz (FREIE WÄHLER), Thomas Riedel (FDP), Jens Womelsdorf (SPD) und Marian Zachow (CDU) uns ihre Antworten bis zum 20.04.22 zukommen zu lassen. Fristgerecht antworteten Thomas Riedel und Jens Womelsdorf. Carola Carius, Anna Hofmann und Marian Zachow reichten ihre Antworten verspätet ein, wofür sie sich entschuldigten. Von Sabine Kranz haben wir keine Antworten erhalten.

Unsere Fragen:

1. Es gibt multiple und intersektionale Bedrohungen wie Pandemien, nuklearer Krieg, Verlust der Biodiversität und die Klimakatastrophe, die die schiere Existenz der Menschheit bedrohen. Falls Sie uns zustimmen, dass dies so ist, würden wir gerne wissen, wie kommunale und Landkreispolitik im Sinne der Vorsorgepflicht und der Unversehrtheit der Bevölkerung vorsorglich handeln können. Für welche konsequenten Strategien stehen Sie?

Antwort von Carola Carius (Bündnis 90/ Die Grünen): Neben der Energiewende, die über eine bessere Effizienz bei der Gebäudebeheizung und beim Stromverbrauch hin zur 100%igen Nutzung erneuerbarer Energien führen soll, sollten auch die Themen der Klimaanpassung konsequent bearbeitet werden. Sei es durch bauliche Maßnahmen zum Hochwasserschutz, sei es durch eine kluge Anpassung der Vegetation, eine stärkere Begrünung beispielsweise unserer Ortslagen, der Schulhöfe und aller öffentlichen Liegenschaften, um der Aufheizung der Lebensräume durch die sommerliche Hitze entgegen zu treten. Sowohl der Katastrophenschutz als auch die Bewohner:innen unseres Landkreises sollen über die neuen Gefahren aufgeklärt werden und handlungsfähig sein.

Bei der Energiewende möchte ich beim Schwerpunktthema Wärmewende gerne beherzter die energetische Sanierung und Umstellung der Energieversorgung unserer Gebäude auf erneuerbare Energien voranbringen. Die kreiseigenen Gebäude sollen dabei Vorbildfunktion

erfüllen. Bei den erneuerbaren Energien sollen alle Potenziale genutzt werden. Bei der Gebäudeheizung sind dies objektbezogen die Photovoltaik, Photothermie und die Nutzung der Geothermie, also der Erdwärme und der Umweltwärme. Hinzu kommen Potenziale der unvermeidbaren Abwärme im Gebiet unseres Landkreises, die ebenfalls zur Beheizung unserer Gebäude zum Einsatz kommen sollte.

Antwort von Anna Hofmann (DIE LINKE): Die Klimakrise ist eng verbunden mit anderen Krisenerscheinungen, mit Armut, Hunger und Flucht, Nationalismus und Rechtsentwicklung bis zu Gewaltkonflikten und neuer Aufrüstung und Ressourcenkriegen.

Schon vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben führende Atomwissenschaftlerinnen 2020 die beiden existenziellen Gefahren für die Menschheit wie folgt skizziert: "Der Menschheit begegnen weiterhin zwei existenzielle Gefahren – zum einen der Atomkrieg, zum anderen der Klimawandel. Zwar sind diese beiden Gefahren nicht neu, sie werden aber durch einen Cyberkrieg der Informationen verstärkt, der unsere Gesellschaft lähmt und eine Reaktion auf die Probleme fast unmöglich macht. Die internationale Sicherheit liegt am Boden – nicht nur auf Grund der existierenden Gefahren – sondern auch weil die Entscheider und Führer unserer Erde sich ihrer Aufgabe verweigern, diese bedrohlichen Probleme in Angriff zu nehmen und in den Griff zu bekommen. Die internationale politische Infrastruktur zum Managen der Probleme wurde mit dem Rückzug einiger führender Länder quasi ausgelöscht."

Die Ursachen der Klimakrise und internationalen Konflikte sind nicht in erster Linie Politikversagen, sondern Systemversagen und liegen an einem Widerspruch den es aufzulösen gilt: Was unser Klima braucht, um nicht zu kollabieren, ist eine drastische Reduzierung des Ressourcenverbrauchs. Das steht aber diametral unserem Wirtschaftssystem gegenüber. Dieses braucht, um nicht zu kollabieren, schrankenloses Wachstum und Expansion der Produktion und damit des Ressourcenverbrauchs. Da sich die Naturgesetze nicht ändern lassen ist dabei eindeutig. Dennoch ist unser ganzes Wirtschaftsmodell und Rechtsordnungssystem darauf ausgerichtetes, dass man auf Wachstum nicht verzichten darf und Sanktionen befürchten muss, wenn man etwas ändern möchte.

Militär, Aufrüstung und Krieg gehört dabei zu den großen Klimakillern. Der Widerstand gegen Rüstung und Krieg muss auch aus Gründen des Umweltschutzes eine zentrale Rolle spielen.

Auf Landkreisebene sollte man alle Organisationen und Spielräume nutzen, um auf diese Widersprüche aufmerksam zu machen und dafür einzutreten im Kleinen umzusteuern und auf eine Politik der sozialen Umverteilung, Nachhaltigkeit und neuer Friedens- und Sicherheitspolitik zu setzen.

Dazu gehört der schnelle Ausbau erneuerbarer Energien, alle Kreisgebäude klimaenergetisch zu sanieren und mit Zisternen und Brauchwasseranlagen auszustatten, eigene Solaranlagen bei allen kreiseigenen Gebäuden zum Standard zu machen und eine konsequente kommunale Friedenspolitik und Gleichbehandlung aller Geflüchteter Menschen.

Gemeinsam mit anderen Landkreisen, Städten und Gemeinden hat man auch auf der Ebene der Kommunalpolitik eine internationale Stimme. Dazu gehört die 1982 gegründete Organisation „Mayors for Peace“, die auf Initiative des damaligen Bürgermeisters von Hiroshima entstanden ist, um grenzüberschreitend und auf kommunaler Ebene für eine Welt ohne Atomwaffen einzutreten. Viele deutsche Städte und Landkreise haben sich dieser Initiative bereits angeschlossen.

Die Zerstörung der Natur zerstört immer auch Menschen: Selbst unter der Drohung der Klimakatastrophe wird eher die Existenz des Planeten in Frage gestellt, als die des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Inzwischen sind die Folgen des Klimawandels auch hier zu spüren. Studien besagen, dass im Laufe dieses Jahrhunderts große Teile des Nahen Ostens und Nordafrika in Folge des Klimawandels unbewohnbar werden. In diesen Regionen wird es zu Temperaturen kommen, in denen menschliches Leben nicht mehr möglich ist. Nach Schätzungen der Weltbank werden bis zum Jahr 2050 insgesamt 143 Millionen Menschen in Afrika, Südasien und Lateinamerika durch Klimafolgen innerhalb ihrer Länder vertrieben.

Der Wachstumskapitalismus ignoriert, dass wir in einer Welt leben, deren Ressourcen endlich sind und unendliches Wachstum daher nicht möglich ist. Denn es gibt kein Wirtschaftswachstum ohne wachsenden Rohstoff- und Energieverbrauch. Aber, die Natur ist weder in der Lage, unendlich Rohstoffe zur Produktion und Konsumtion zu liefern, noch die „Exkremente“ (Marx) dieser Produktions- und Konsumtionsweise aufzunehmen.

Antwort von Thomas Riedel (FDP): Zunächst müssen wir eine solide Grundlage für die qualitative Arbeit schaffen. Hierfür ist eine reibungslose interne sowie externe Kommunikation essenziell wichtig, besonders zur Landesregierung, dem Regierungspräsidium und den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern von Marburg-Biedenkopf. Besonders bei komplexen Fragestellungen wie dem Klimaschutz ist es wichtig, die Expertinnen und Experten auf den unterschiedlichen Ebenen an einen Tisch zu bringen und pragmatische Lösungen zu erarbeiten. Als Landrat stelle ich das Bindeglied zwischen Kommunal- und Landespolitik dar und stehe daher gern als Vermittler dieser Ebenen zur Verfügung.

Antwort von Jens Womelsdorf (SPD): Die vorgenannten Themen sind in der Tat so existentiell, dass wir alle aufgerufen sind, auf den Ebenen, auf denen wir Einfluss ausüben, tätig zu werden.

Daher ist eine konsequente Ausrichtung der Landkreispolitik auf Klimaneutralität und Artenschutz unausweichlich – Themenfelder, für die der Landkreis im Rahmen seiner Zuständigkeit auch Kompetenzen hat.

Das Thema Biodiversität wird bereits durch den Landkreis konsequent über die Bürgerdialoge seit Jahren verfolgt und immer breiter aufgestellt. Als Ökomodellregion wird die regionale landwirtschaftliche Produktion und Vermarktung in Marburg-Biedenkopf über den Erzeuger-Verbraucher-Dialog hinaus zudem forciert.

Mit den bisherigen Beschlüssen des Kreistags zum Klimaschutz (Klimaschutz-Aktionsprogrammen I und II, zum Klimawandelfolgenmanagement und zum Katastrophenschutz) geht der Landkreis die relevanten Bereiche an, die auch in seiner Zuständigkeit liegen. Zudem werden alle bisherigen Klimaschutzbeschlüsse und -maßnahmen evaluiert als Basis weiterer Maßnahmen.

Dies hat maßgeblich Landrätin Kirsten Fründt vorgebracht. Daran will ich anknüpfen und den Klimaschutz als eine der wichtigsten Aufgaben zur Chefsache machen. Denn die Herausforderungen bestehen nicht nur weiterhin, sondern werden auch drängender. Ich bin, wie meine Partei, dafür, dass der Landkreis dem Bündnis „Mayors for Peace“ beitrifft, das sich für eine atomwaffenfreie Welt einsetzt. Der Landkreis würde sich damit einreihen zu einer Vielzahl von Kommunen weltweit und das richtige Signal setzen.

Ebenso müssen wir auf die Auswirkungen der Pandemie gerade im Bereich des Ehrenamtes reagieren, denn Vereine und Ehrenamt haben teilweise in den letzten zwei Jahren massiv unter den Auswirkungen zu leiden gehabt. Hier müssen wir neben den bereits vorhandenen Unterstützungsangeboten dem Ehrenamt bei den kommenden Herausforderungen weitere Unterstützung zukommen lassen, gerade auch um für die kleinen Gemeinschaften in den Orten Hilfe bei dem Erhalt des so wertvollen Ehrenamtes zu leisten. Dies wird nur durch zusätzliche hauptamtliche Angebote gehen.

Antwort von Marian Zachow (CDU): Marburg-Biedenkopf hat frühzeitig schon (seinerzeit) sehr ambitionierte Klimaziele formuliert (CO₂-neutral und regional bis 2040), die bis heute Ziel und Strategie bleiben. Diese Richtschnur unserer Politik sollte und muss – soweit es bundesweite Rahmenbedingungen erlauben – am besten früher als 2040 erreicht werden. Gerade in Anbetracht der globalen politischen Herausforderungen wird indes auch deutlich, dass die Energiegewinnung aus erneuerbaren Ressourcen nicht nur einen besonderen ökologischen Wert hat, sondern auch die Abhängigkeiten von internationalen Lieferbeziehungen mit ihrem politischen und ethischen Risikopotential reduziert.

Daneben muss das Thema „Biodiversität“ vorangebracht werden. Hier hat der Landkreis Marburg-Biedenkopf – dank der großen Unterstützung durch die Landwirtschaft – frühzeitig eine Biodiversitäts-Strategie entfaltet, die uns zum Landkreis mit den meisten Blühflächen macht. In Zukunft muss insbesondere die Nutzung von öffentlichen Liegenschaften (Schulen, Verkehrsflächen usw.) für Blühflächen noch verstärkt werden.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist immer auch gleichbedeutend mit dem Kampf für die Verkehrs- bzw. Mobilitätswende, da im Verkehrssektor immer noch besonders starker Schadstoffausstoß zu verzeichnen ist und hier auch in den letzten Jahren wenige Erfolge erzielt werden konnten. Hierfür ist ein attraktives Angebot auf der Schiene – im Personen-, wie Güterverkehr – wesentlich. Deswegen arbeite ich so intensiv an der Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken und will mich für eine CityBahnMittelhessen stark machen. Ebenso brauchen wir einen leistungsfähigen Busverkehr inklusive Schnellbussen; hier muss insbesondere die Verknüpfung mit anderen Verkehrsträgern des Umweltverbundes (Rad, Fuß, Roller usw.), aber auch dem im ländlichen Raum nach wie vor in der Regel (fast) unverzichtbaren Auto in Zukunft eine große Rolle spielen. Nicht zuletzt muss es darum gehen, den ÖPNV komfortabel und niedrigschwellig zu machen, insbesondere die Übersichtlichkeit und Verstehbarkeit von Liniennetz, Fahrplaninformation und Tarif muss erhöht werden.

2. Glauben Sie, dass eine Gesellschaft ohne Wirtschaftswachstum möglich und erstrebenswert ist? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Antwort von Carola Carius (Bündnis 90/ Die Grünen): Ich denke, dass unser Wirtschaften stärker auf das Gemeinwohl orientiert sein muss, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Ein Schritt ist zunächst mit der Einführung der CO₂-Abgabe getan worden. Sie war notwendig, weil die Preise für erneuerbar gewonnene Energien vor dem Hintergrund der sehr niedrigen Energiepreise in der Zeit vor der Ukraine Krise wenig konkurrenzfähig waren. Vor dem Hintergrund des aktuellen enormen Anstiegs der Energiepreise hat sich diese Situation jedoch grundlegend geändert. Auch die Notwendigkeit unabhängig von Energieimporten zu werden, um nicht erpressbar zu sein, wurde uns schmerzlich bewusst.

Als Landrätin würde ich darauf hinwirken, dass bei der Beschaffung von Material und Dienstleistungen auch Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden. Pflege und Weiterentwicklung bestehender Infrastruktur sind mir unter diesem Vorzeichen ein wichtiges Anliegen. Denn wenn unsere Unternehmen gute Arbeitsbedingungen haben, fällt es ihnen leichter, erfolgreich zu sein, Innovationen voran zu bringen und Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

Antwort von Anna Hofmann (DIE LINKE): Der Club of Rome stellte bereits 1972 in seiner Studie „Die Grenzen des Wachstums“ fest, dass das Ende endlosen Wachstum nur eine Frage der Zeit ist. Das Problem wird jedoch auf allen Ebenen der Politik ignoriert: entweder mit der Begründung, dass der Kollaps noch nicht eingetreten sei, oder dass man ohnehin nichts dagegen unternehmen könne bzw. dass kein Wachstum noch schlimmer sei und zu Massenarbeitslosigkeit, Massenarmut, Kollaps von überschuldeten Staaten führen würde.

Was die Politik jedoch nicht begriffen hat: Die Grenzen des Wachstums sind längst erreicht. Der Kollaps läuft in Zeitlupe. Würden sich Staaten nicht immer weiter verschulden können, wäre die ganze Welt bereits bankrott. Würden sich die Verbraucher (vor allem in den USA) nicht immer weiter verschulden, würden Konsum, Wirtschaft und Arbeitsmarkt (zuerst in den USA) kollabieren.

Wäre es verboten, wilden Tieren und Pflanzen ihren Lebensraum zu entreißen, würde kein Urwald mehr zu Nutzflächen, und der wachsende Hunger nach Weizen, Soja, Reis, Palmöl, etc. wäre gar nicht zu befriedigen. Dabei ist der Rückgang der Tierarten und Biodiversität dramatisch - auch und gerade in Deutschland. Laut Bonner Rote-Liste-Zentrum ist ein Viertel der hiesigen Pflanzen-, Pilz- und Tierarten in seinem Bestand gefährdet. Zweieinhalb Prozent gelten bereits als verschollen oder ausgestorben. Die Zahl der Insekten ist sogar um 70 bis 80 Prozent zurückgegangen. Bei den Säugetieren ist hierzulande knapp ein Drittel gefährdet. Darunter sind der Luchs, der Feldhase, die Alpenspitzmaus, der Schweinswal oder auch der Feldhamster. Das umfasst noch nicht die vom Aussterben bedrohten Nutzierrassen.

Andere Grenzen sind bereits in Sicht, wie z.B. der Höhepunkt der preisgünstigen Gewinnung fast aller wichtigen Rohstoffe. Ausbeutung von Bodenschätzen wie Öl, Gas, Kohle und Metallen. Der Bau von Großstaudämmen zur Energiegewinnung, Holzeinschlag für Möbel und Papier. Allein beim tropischen Regenwald werden jährlich über 76.000 Quadratkilometer abgeholzt. Das ist eine über dreimal so große Fläche. Jedes Jahr! Die Gründe liegen in Wachstum und Überbevölkerung: Sicherlich gibt es bisher keine ganzheitliche Antwort auf dieses Problem, aber es gibt zunehmend wieder kritische Forschung auf dem Gebiet.

Das Forschungsnetzwerk „The Global Politics of Post-Growth“ an u.a. der Universität Kassel untersucht Ansätze zum „Postwachstum“, also Ideen, die Wirtschaftswachstum in Frage stellen. Das ist deswegen interessant, weil nur ein kleiner Teil der Forschung sich damit beschäftigt, wie Postwachstumsideen international umgesetzt werden. Bisher liegt der Schwerpunkt eher auf alternativen Gemeinschaften mit wachstumsfreien Lebensstilen auf lokaler Ebene.

Es braucht bestehende Erkenntnisse und neue Ideen, die gezielt aus einer globalen Perspektive Wachstum betrachten, weil viele der drängenden ökologischen und sozialen Probleme ebenfalls global sind und eng miteinander verstrickt. Z.B. ist auch die Elektromobilität problematisch, da z.B. das benötigte Kobalt zu 75% aus dem Kongo erfolgt.

Für Sicherheitsstandards und Klimaschutz ist nach dem Bericht „Time to recharge“ von Amnesty International im Kongo nicht hinlänglich gesorgt, zudem würden viele Minen illegal betrieben. Mit bloßen Händen oder bestenfalls primitiven Werkzeugen graben die Minenarbeiter metertiefe Schächte in die Böden, in denen sie nach Kupfer und Kobalt suchen. Die Zustände sind katastrophal und mit vielen tödlichen Unfällen verbunden.

In den Minen setzen nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder ihr Leben aufs Spiel – bis zu zwölf Stunden täglich, für einen Hungerlohn von ein bis zwei US-Dollar am Tag. UNICEF schätzt die Zahl der Kinderarbeiter im südlichen Katanga, einer Provinz im Süden des Kongos, auf 40.000. Sie machen damit einen Drittel der gesamten Arbeitskräfte in dieser Region aus. Bei allen klimapolitischen Vorhaben muss man auch die internationalen Dimensionen von Entscheidungen mitbetrachten. Nachhaltigkeit heißt auch nicht, dass man Atomkraft in Deutschland abschaltet und in Osteuropa wieder einkauft. Die derzeitigen Debatten über Fracking-Gas aus den USA und Erdöl aus Qatar zeigen, dass 100 Milliarden nicht in ein Sondervermögen für die Rüstung, sondern in erneuerbare Energien investiert gehören.

Neben einer globalen Perspektive des Problems finde ich vor allem den Ansatz der Gemeinwohlökonomie und das Modell der Bilanzierungen einen guten ersten Schritt, eine Möglichkeit aufzuzeigen, wie man Nachhaltigkeit im bereits bestehenden kapitalistischen System vor Ort anders bewerten und denken kann. Dabei könnte der Landkreis seine gesamte Verwaltung bilanzieren und nicht nur die Teile, die eine sichere gute Bilanzierung bekommen, wie der Eigenbetrieb Freizeit. Mit der Regionalgruppe Lahn-Eder hat man lokale Akteur*innen, die sehr kompetent in diesem Bereich sind und auch stärker an einer Zusammenarbeit mit der Politik interessiert. Diese sollte man stärker in diese Fragen miteinbeziehen.

Antwort von Thomas Riedel (FDP): Nein, weil alle mir bekannten Informationen darauf hinweisen, dass es dann zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit kommt, mit all den bekannten Auswirkungen auf den Einzelnen, die Gesellschaft und Wirtschaft. Es gab eine Zeit, da hat man versucht das zu ändern, und man ist gescheitert – nicht zuletzt an den Menschen. Um die zusätzliche Staatsverschuldung, die demographische Entwicklung und die notwendigen Investitionen für den Klimaschutz in den nächsten Jahren finanzieren zu können, braucht es zusätzliches Wirtschaftswachstum. Wir wollen eine Politik, die Wohlstand schafft und den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärkt. Auch hierfür braucht es Wirtschaftswachstum.

Antwort von Jens Womelsdorf (SPD): In der Zukunft wird es immer wichtiger werden, dass Wirtschaftswachstum qualitativ auszurichten. Dabei ist besonders auf Nachhaltigkeit, Gemeinwohlorientierung und Schonung der Ressourcen zu achten. Kreislaufwirtschaft wird eine ganz andere Bedeutung erhalten. Eine Konkurrenz oder Widerstreit von wirtschaftlichen,

sozialen und ökologischen Interessen liegt teils in der Natur unseres Wirtschaftssystems, muss aber zu einem guten Ausgleich geführt werden. Der anstehende Strukturwandel unserer stark durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägten Wirtschaft, zusätzlich forciert durch die Herausforderungen der aktuellen Energiekrise, bietet dafür Chancen. Als Beispiel sei hier genannt die Wasserstoffregion, bei der Unternehmen, Energiewirtschaft (Stadtwerke Marburg, Produzenten Erneuerbarer Energien) und Hochschulen beteiligt sind.

Ausschließlich auf Wirtschaftswachstum zu setzen, entspricht nicht mehr den Anforderungen der Zukunft. Wir sind aber sehr wohl darauf angewiesen, dass die Wirtschaft erfolgreich ist und gut bezahlte Arbeitsplätze schafft, denn nicht zuletzt gilt: Ohne die daraus generierte Gewerbesteuer- oder Einkommensteuereinnahmen können auch politisch wünschenswerte Finanzierungen nicht erfolgen – sei es im Klimaschutz, sei es im Sozialen oder im Bildungsbereich.

Ich strebe an, eine Wirtschaftsförderungs-GmbH des Landkreises endlich einzurichten. Hier soll auch die Gemeinwohlorientierung eine Rolle spielen. Ebenso kann die dezentrale Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen dazu beitragen, klimaneutraler zu produzieren, denn wir können so unter anderem den Verkehr zum Arbeitsplatz reduzieren.

Antwort von Marian Zachow (CDU): Nein, eine Gesellschaft OHNE Wirtschaftswachstum halte ich nicht für denkbar und möglich. Aber: es muss das Ziel sein, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu gestalten, das nicht Raubbau an finanziellen, menschlichen und ökologischen Ressourcen treibt, sondern ganz im Sinne der traditionellen Bedeutung von Nachhaltigkeit nicht mehr verbraucht als nachwächst.

3. Sollte Ihrer Meinung nach die Gesellschaft so umgestaltet werden, dass sich klimagerechtes Handeln lohnt oder zur Normalität wird, während klimaschädliches Verhalten sanktioniert wird oder gar nicht möglich ist? Wenn nein, warum? Wenn ja, welche Maßnahmen wären dafür nötig?

Antwort von Carola Carius (Bündnis 90/ Die Grünen): Es ist meiner Meinung nicht die Gesellschaft, die umgestaltet werden soll, sondern die Art des Wirtschaftens. Wie oben gesagt, hin zu einer dem Gemeinwohl verpflichteten Wirtschaftsweise. Der Landkreis kann hier eigene Akzente bei der Beschaffung setzen und eine Kultur der Anerkennung nachhaltigen Wirtschaftens entwickeln.

Antwort von Anna Hofmann (DIE LINKE): Ja, aber hier sollte man vor allem bei den Hauptverursacher*innen, den Industrien ansetzen und nicht zunächst bei dem Verbraucherverhalten. Menschen wollen häufig klimafreundlich handeln und können es nicht. Man muss das Wirtschaftssystem und die Industrien klimafreundlich machen und so ausgestalten, dass klimaschädliches Handeln unmöglich gemacht wird. Dazu kann auch die Sperrung von Innenstädten für den Autoverkehr gehören, wenn es eine schnelle, kostenfreie Alternative (Regiotram Mittelhessen) gibt.

Was DIE LINKE ablehnt ist, immer weiter die kleinen und geringen Einkommen zu belasten. Gerade mit geringen Einkommen ist klimafreundliches Handeln fast unmöglich. Im Sozialleistungsbezug mit einem Essenssatz von 5.90 Euro für Erwachsene und 15 Euro für (Ernährung/Kleidung/Mobilität und Kultur) stellt sich nicht die Frage nach Bioprodukten oder veganer Ernährung oder nachhaltiger Kleidung.

Ebenso ist es nicht möglich auf dem Land Autos abzuschaffen, wenn es gar keine möglichen Busverbindungen zum eigenen Arbeitsplatz gibt. D.h. nicht, dass man keine Bildungsarbeit und Umwelterziehung anbieten sollte, aber man muss sich bewusst sein, dass dies nicht unbedingt immer etwas bringt. Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Die Deutschen sind sehr gut im Sortieren von Müll, aber die Verpackungsindustrie und Plastikmüllberge gehen nur unbedeutend zurück. Seit 1991, als das Duale System Deutschland (DSD) mit seinem Grünen Punkt startete, wuchs der Verpackungsabfall in Deutschland fast ohne Unterlass von 15,6 auf 18,2 Millionen Tonnen an. Vor allem der Plastikmüll hat sich seither verdoppelt. Und der Plastikmüll wird nach wie vor zu 40% verbrannt. Der Landkreis transportiert seinen Restmüll quer durch Deutschland mit LKWs und nicht über die Schiene. Hier könnte man ansetzen.

Ebenso gibt es enorm klimaschädliche Subventionierungen, die man stoppen müsste: Das Forum für Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat die umweltschädlichen Subventionen im Auftrag von Greenpeace untersucht. Die Experten kritisieren, dass manche Unternehmen doppelt profitieren, zum Beispiel indem sie den 25-Prozent-Nachlass auf die Strom- und Energiesteuer in Anspruch nehmen und zugleich wegen der Ökosteuer niedrigere Rentenbeiträge zahlen. Sie fordern, die Rabatte auf die Energie- und Stromsteuer abzuschaffen und den Spitzenausgleich sowie die Steuerbefreiung energieintensiver Prozesse nach und nach ganz abzubauen. Das sei notwendig, um die Klimaziele zu schaffen. Für Unternehmen, die sehr stark im internationalen Wettbewerb stünden, sei eine Härtefallregelung denkbar.

Eine Auswahl: Steuerbefreiungen: Bestimmte energieintensive Prozesse wie z.B. in der Glas-, Keramik-, Zement-, Kalk-, Baustoff-, Düngemittel- und Metall verarbeitenden Industrie, sind gänzlich von der Energie- und Stromsteuer befreit. 2. Allgemeine Steuerbegünstigung: Das produzierende Gewerbe, die Land- und Forstwirtschaft sowie die Teichwirtschaft und Behindertenwerkstätten zahlen nur jeweils 75 Prozent der Regelsteuersätze auf Heizstoffe und Strom. Spitzenausgleich (Nettobelastungsausgleich): Unternehmen des produzierenden

Gewerbes, deren Ökosteuerbelastung über der Entlastung durch die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge liegt, erhalten 90 Prozent der über die Rentenversicherungsentlastung hinausgehenden Ökosteuerlast erstattet. Obwohl das Flugzeug das klimaschädlichste Verkehrsmittel ist, wurde der Flugverkehr während der Coronapandemie massiv gestützt und wies schon vorher den größten Posten der Verkehrssubventionen auf. Die Nichtbesteuerung von Kerosin und die Mehrwertsteuerbefreiung internationaler Flüge kosten den Staat nach Angaben des Umweltbundesamtes mehr als 11 Mrd. Euro im Jahr.

Antwort von Thomas Riedel (FDP): Klimaförderliches und wirtschaftsförderliches Handeln schießen sich nicht aus – sie ergänzen sich: Sie verbinden die Nutzung der Umwelt durch den Menschen mit dem Schutz und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und Artenvielfalt. Ein nachhaltiger Umgang mit Umwelt und Natur ist eine zwingende Notwendigkeit. Freiheit auf Kosten anderer oder künftiger Generationen ist nicht liberal. Daher spreche ich mich für einen harten CO₂-Deckel mit Emissionshandel und das Einhalten des Pariser Klimaabkommens aus!

Antwort von Jens Womelsdorf (SPD): Klimagerechtes Handeln wird immer wichtiger. Um dies zu erreichen, ist eine Mischung aus positiven Anreizen, Setzung von Rahmen und Vorschriften und negativen Folgen für klimaschädliches Verhalten wichtig. Die mittelfristigen Chancen, die alternative Energien schaffen, wenn sie zu deutlich kostengünstigerer Stromerzeugung führen, müssen herausgestellt werden. Dabei wird es auch notwendig sein, rechtliche Konventionen wie den Bestandsschutz noch umfangreicher als bisher aufzugeben und auch für bestehende Anlagen im Industrie- und Wohnungsbau Anpassungen für den Klimaschutz einfordern zu können. Dabei ist mir vor allem wichtig, dass wir mit Hilfe von Anreizen, Bürger*innen-Beteiligung auch in finanzieller Hinsicht und Aufklärung dazu beitragen, dass wir eine breite Akzeptanz von klimapolitischen Maßnahmen erreichen. Denn gerade hier sehe ich eine große Problemlage für die künftige Klimafolgenpolitik. Wir müssen mit allen unseren Möglichkeiten dafür Sorge tragen, dass Klimaschutz auf Akzeptanz trifft. Darüber hinaus würde ich dem Klimaschutz organisatorisch einen höheren Stellenwert geben, wenn ich als Landrat die Kreisverwaltung leiten würde.

Antwort von Marian Zachow (CDU): Nicht Sanktionierung, sondern Anreize sind das richtige Instrumentarium für die Klimawende, auch deswegen weil die Sanktionierung bzw. Verteuerung von klimaschädlichem Verhalten oft finanziell schlechter gestellte Menschen eher benachteiligt. Von daher stehe ich für eine Politik, die Lust auf Klimaschutz macht: ein

attraktiver ÖPNV mit attraktiven Verknüpfungspunkten zwischen Bus, Bahn und Fahrrad macht Lust, das Auto stehen zu lassen. Attraktive Förderungen und Unterstützungen für Bioenergiedörfer wecken Interesse, die eigene Energieversorgung anders zu organisieren. Intelligente, aufsuchende Beratung für energetische Sanierungen von Gebäuden begünstigen energieeffizientes Investieren.

4. Was würden Sie als erstes forcieren, um die Energiewende im Landkreis voranzubringen? Wo sehen Sie die Potenziale der verschiedenen Erneuerbaren Energien und mit welchen Instrumenten kann der Landkreis helfen, um diese besser zu nutzen?

Antwort von Carola Carius (Bündnis 90/ Die Grünen): Von Seiten des Landkreises wurde ja auch in der Vergangenheit in einigen Themenfelder viel getan. Es wurden beispielsweise mit Unternehmen an runden Tischen über Energieeffizienz und Abwärmenutzung gesprochen und mit der Teilnahme am Bundesprojekt „Hyland“ Impulse für die Entwicklung der Wasserstofftechnologie gesetzt. Es wurde auch die Energiegenossenschaft Marburg-Biedenkopf gegründet, die den Ausbau der erneuerbaren Energien im Kreisgebiet vorantreibt. Leider begann das in einer Zeit, in der Windkraftprojekte sehr schwierig umzusetzen waren.

All das sollte weiter geführt werden und ein neuer Schwerpunkt bei der energetischen Gebäudesanierung und Quartiersentwicklung hin zur Klimaneutralität gesetzt werden. Das KfW-Programm 432 (Energetische Stadtsanierung) sollte beworben werden, genauso wie die Energieberatung der LandesEnergieAgentur Hessen. Einen Schwerpunkt möchte ich bei der Idee setzen, unsere Region bei den Umsetzungstechnologien für erneuerbare Energien wieder bekannt werden zu lassen.

Gerne würde ich dabei unterstützen, dass Unternehmenverbände sich zu Technologie-Anbietern bei den erneuerbaren Energien bilden. Ein großes Arbeitsfeld sehe ich bei der Nutzung der Geothermie. Da haben wir im Kreisgebiet nicht ein einziges Unternehmen, das die notwendigen Arbeiten wie Bohrungen anbieten kann. Erst im Nachbarkreis Waldeck-Frankenberg gibt es einen Anbieter. Eine Bohrfirma in der Nähe wird uns kaum ausreichen, alle Arbeiten für die geothermische Nutzung des Untergrundes im Kreisgebiet durchzuführen. Ich möchte daher Gespräche mit Unternehmen führen, die Potentiale für die Umsetzung der Energiewende haben.

Antwort von Anna Hofmann (DIE LINKE): Zunächst fehlt uns auf Landkreisebene nach wie vor eine verlässliche Datengrundlage, sowohl zum regionalen Verbrauch von Energie (auch in unseren heimischen Industrien) als auch zu welchen Anteilen erneuerbare Energien ausgebaut werden müsste, um bis 2035 von fossilen und atomaren Brennstoffträgern unabhängig zu sein. Kleine Energiegenossenschaften sind zwar löbliche Projekte und zu begrüßen, aber damit wird man weder mittel- noch langfristig zum 1.5 Ziel von Paris kommen. Dazu müsste es einen Aktionsplan mit allen Städten und Gemeinden geben, bei denen verbindliche Energiepotenziale festgelegt werden: zu welchen Anteilen, Solar, Windkraft, Geothermie etc. regional ausgebaut werden muss, um den Energiebedarf völlig aus regenerativen Energien bis 2035 bestreiten zu können. Dazu gehört auch Einsparpotenziale bei Konsumenten mitzuberücksichtigen. Außerdem muss eine andere Verkehrspolitik im Landkreis und der Stadt Marburg her. Es braucht eine Regio-Tram Mittelhessen, die das Oberzentrum Gießen mit einschließt und die Reaktivierung der Ohmtalbahn und Saal-Böde-Aar Bahn. Für Marburg wäre durchaus denkbar die Innenstadt für den Autoverkehr zu sperren und somit Platz für eine Regiotram zu haben. Der Klimaschutz braucht weitreichende Ideen und kein Schnecken tempo.

Antwort von Thomas Riedel (FDP): Energievermeidung hat im Kreis das größte Potential. Hier muss der Kreis gemeinsam mit dem Land und den Firmen vor Ort Anreize schaffen, dass Häuser isoliert und Heizungen ausgetauscht werden. Was wir im Kreis nicht haben sind Kraftwerke für die Grundlast. Solar und Windenergie werden uns hier nicht retten – höchstens unterstützen. Wir haben bereits diverse Modelle erneuerbarer Energieformen im Kreis, hier muss weiterhin daran gearbeitet werden, das auszubauen. Die Grundlast erhalten wir von außerhalb des Kreisgebietes. Inwieweit wir das langfristig ändern können und wollen, muss erarbeitet werden.

Antwort von Jens Womelsdorf (SPD): Von zentraler Bedeutung ist die Unterstützung der Kommunen im Kreis bei deren Aktivitäten im Klimaschutz, sowohl im Sinne von Beratung und Unterstützung als auch finanziell. Der Kreisentwicklungsfonds z. B., mit dem innovative Projekte und Aktivitäten in den Kommunen gefördert werden, muss konsequent auf Klimaschutz ausgerichtet werden. Darüber hinaus muss die Energie-Genossenschaft Marburg-Biedenkopf, an der der Landkreis beteiligt ist, Motor regionaler Erzeugung erneuerbarer Energien werden. Schließlich müssen wir dazu kommen, Flächen, die bereits in Nutzung sind, zusätzlich für Photovoltaik zu nutzen: Dächer, Parkplätze auch an den Liegenschaften des Landkreises (Schulen!), geeignete Randflächen und Böschungen auf Industrieflächen, Einstieg in die Fassadenvoltaik. Und schließlich muss der Kreis massiv alle Bemühungen überall dort unterstützen, wo Bürgerinnen und Bürger über Bio-Energiedörfer, Nahwärme-Genossenschaften, Bürger-Windparks etc. aktiv werden. Auch hier sowohl finanziell als auch

durch Beratung. Schließlich die konkrete Förderung von Nahwärmenetzen auch in bestehenden Wohngebieten, von Modellprojekten mit grünem Wasserstoff sowie von gemeindeübergreifenden Konzepten für den Ausbau von Windkraftanlagen.

Antwort von Marian Zachow (CDU): Um die Klimaziele zu erreichen, muss der Landkreis die erneuerbaren Energien (weiter) stärken. Deswegen will ich

1. bei den Bioenergiedörfern und Städten durchstarten und noch mehr Kommunen begeistern, Bioenergiedörfer zu etablieren. Zugleich will ich diese Bioenergiedörfer zu Biomobilitätsdörfern weiterentwickeln, die gemeinsam ein solidarisches „Dorfticket“ (nach dem Vorbild eines Jobtickets) betreiben.
2. Die Energiegenossenschaft Marburg-Biedenkopf stärken und zu einem wirksamen Instrument für weitere nachhaltige Energieprojekte machen.
3. Die eingeschlagenen Wege zu einer „Solardachkampagne“ weitergehen und ausweiten.
4. Bei der Photovoltaik Marburg-Biedenkopf zur Region machen, in der Agri-Photovoltaik erprobt wird, die landwirtschaftliche Nutzung und Energiegewinnung gleichzeitig möglich macht.
5. Das Thema „Wasserstoff“ voranbringen und Marburg-Biedenkopf zum Vorreiter bei Erprobung und Erforschung dieser Technologie machen.
6. Auch das Thema „Klima- und Umweltbildung“ ist unverzichtbar, um Bewusstsein für erneuerbare und nachhaltige Energien zu schaffen.

5. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf legt gerade ein breit angelegtes Sanierungsprogramm für die Schulen im Landkreis auf. Welche Ideen haben Sie, um die Wärme- und Energieversorgung der Schulen, insbesondere auch vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung, klimaneutral zu gestalten? Welcher zeitliche Horizont schwebt Ihnen dafür vor?

Antwort von Carola Carius (Bündnis 90/ Die Grünen): Die Schulen werden oder sind energetisch saniert. Das ist ein wichtiger erster Schritt, der einhergehen muss, mit den Konzepten zur Versorgung der Schulen mit erneuerbaren Energien. Alle erneuerbaren Energien und auch die unvermeidbare Abwärme aus verschiedenen Bereichen müssen hier genutzt werden.

Antwort von Anna Hofmann (DIE LINKE): Bislang haben unsere Schulen nicht mal einen ausreichenden Brandschutz und alle Gebäude einen zweiten Fluchtweg. Allein dieser Prozess zieht sich über 15 Jahre. Ebenso sind viele Grundschulen nicht auf den Ganzttag ausgerichtet und Inklusion scheitert oft schon am Eingang zum Schulhof, der nicht befahrbar für Rollstuhlfahrerinnen ist.

Bei einem Sanierungsprogramm sollte neben einer energetischen Optimierung, wozu unbedingt Zisternen und Brauchwasseranlagen gehören, auch Lernumfeld und Inklusion gehören. Schulhöfe sollte natürlich begrünt und mit Bäumen bepflanzt werden und Schulgärten sollten selbstverständlich zu jeder Grund- und Weiterführenden Schule dazugehören, daneben sollte ein Energieplusstandard, eine eigene Solaranlage auf jedem Schuldach und eine Wärmepumpe für alle Gebäude Standard werden. Dies kann man durchaus in die Bauweise und Sanierung mit eingeplant werden, dass wird sich nach 10-15 Jahren deutlich zum Vorteil des Landkreises rechnen. Viele Schulen haben Heizungsanlagen, die 20 und mehr Jahre alt sind und Gebäude mit enormem Energiebedarf. Der Landkreis müsste deutlich mehr Geld in die Hand nehmen, um dieses Problem schneller in den Griff zu bekommen.

Tatsächlich sehen wir als LINKE dabei auch die Digitalisierung als kritisch an. Bei den angeschafften Endgeräten (vorwiegend Tablets von Apple mit Microsoft Software und Lizenzen) haltet es sich NICHT um nachhaltige Modelle und Software: sie sind weder aufrüstbar noch für einen mehrjährigen Gebrauch ausgelegt, dass steigert gerade bei Ipad Klassen den Energieverbrauch enorm. Der Stromverbrauch an Schulen wird durch Glasfaserausbau und viele technische Endgeräte ebenso gesteigert. Gleichzeitig wird auch nur in geringem Umfang auf Papier verzichtet. Sowohl Schulbücher und Hefte gehören nach wie vor zum (berechtigten) Schulstandard. Eine Nachhaltigkeitsstrategie im IT-Bereich wäre zwingend notwendig. Es gibt mittlerweile auch bei Tablets Anbieter, die stärker auf Nachhaltigkeit setzen (Fairphone). Es muss auch nicht in allen Bereichen auf Technisierung gesetzt werden, die Schultafel mit Kreide kann wesentlich effektiver als ein „Whiteboard“ sein.

Antwort von Thomas Riedel (FDP): Als Landratskandidat begrüße ich ausdrücklich die Sanierung unserer Schulen, da wir zukunftssichere Schulen, in denen die besten Arbeitsmöglichkeiten fürs Lehren und Lernen zur Verfügung stehen, brauchen! Die Energiewende kann in meinen Augen nur durch konsequente Digitalisierung gelingen. Smarte Anwendungen tragen zur Sicherstellung der System- und Versorgungssicherheit bei und bieten enorme Energieeffizienzpotentiale – zum Beispiel bei der Wärme- und Beleuchtungssteuerung. Eine intelligente Strom- und Wärmeversorgung bietet enormes Potenzial für die zukünftige sichere Versorgung mit Energie. Als Landrat werde ich mich dafür

einsetzen, dass die Digitalisierung der Energiewende in Marburg-Biedenkopf schneller und unbürokratischer vorangebracht wird.

Antwort von Jens Womelsdorf (SPD): Das Investitionsprogramm des Landkreises mit seinen 160 Millionen Euro für unterschiedliche Bereiche, vor allem aber die Sanierung der Schulen (110 Millionen Euro) bietet eine Basis für die umfassende energetische Sanierung der Kreisliegenschaften. In diesem Zusammenhang sollte ein Konzept inkl. Prioritätensetzung für die Dämmung der Gebäudehülle und den Anschluss an Wärmenetze mit regenerativer Wärmeerzeugung erarbeitet werden. Konsequenter Ausbau von Photovoltaik-Dächern und - Fassaden sowie Umstellung der Wärmeversorgung auf Wärmepumpen gehören für mich auch dazu. Hier müssen wir bis 2030 deutlich und messbar vorankommen.

Antwort von Marian Zachow (CDU): Wir waren – unter meinem grünen Vorgänger Karsten McGovern – einer der ersten Landkreise Deutschlands, die mit einem konsequenten Energetischen Sanierungsprogramm mit einem Volumen von fast 50 Mio. Euro die Energiebilanz zahlreicher Schulen um bis zu 2/3 verbessert hat. Die Erfahrungen davon wollen wir im Rahmen des laufenden 160 Mio. Investitionsprogrammes – wovon 120 Mio. Euro für die Gebäudesanierung vorgesehen sind – nutzen und die Energieeffizienz unserer Gebäude erheblich steigern. Wir müssen aber realistisch der Tatsache ins Auge sehen, dass durch veränderte Schulzeiten, digitale Technik und andere Effekte der Energiebedarf an den Schulen grundsätzlich eher steigen wird; um so wichtiger ist es, in Zukunft neben der Steigerung der Energieeffizienz auch die Produktion von Energie in und auf den Schulen z.B. durch Photovoltaik zu forcieren.

6. Wie stehen Sie zum Weiterbau der A49, v. a. vor dem Hintergrund der wissenschaftlich unumstrittenen notwendigen Verkehrswende?

Antwort von Carola Carius (Bündnis 90/ Die Grünen): Die Verkehrswende ist eine erforderliche Säule für den Klimaschutz und unsere Zukunft. Sie muss integrativ und auf die Bedürfnisse der verschiedenen Nutzer abgestimmt sein. Wir müssen den Individualverkehr und den Transport von Gütern und Waren gleichermaßen betrachten, denn sie liefern ähnlich hohe CO₂-Emissionen. Die von grüner Seite lange propagierte Verlegung des Güterverkehrs auf die Bahn ist über die Jahrzehnte nicht vorangekommen. Die Modernisierung der Bahn ist

offenbar ein dickes Brett, dass schnelle und umfassende Lösungen aus meiner Sicht nicht erwarten lässt.

Die Grünen haben sich im Landkreis immer gegen den Ausbau der A 49 ausgesprochen und schon vor zwei Jahrzehnten gemeinsam mit Umweltexperten an alternativen Konzepten gearbeitet. Die u.a. vom BUND ausgearbeitete Variante zum Autobahnbau in Form eines Ausbaus von Ortsumgehungen und einer gezielten Ergänzung des bestehenden Straßennetzes als Alternative zur Fortsetzung der A 49 wurde unterstützt. Im Kreistag wurde immer wieder auf die Grundwasserproblematik beim Bau insbesondere in unserer Region mit Anfragen und Anträgen hingewiesen.

Doch der Bund war und ist Herr des Verfahrens und der planfestgestellte Ausbau rechtlich nicht mehr angreifbar. Die von uns Grünen zur Fortsetzung der A 49 favorisierte Alternative auch für den notwendigen Güter- und Warentransport in unserer Industrieregion wird somit bedauerlicherweise nicht kommen.

Es bleibt bezüglich des Grundwasserschutzes weiter ein hohes Augenmerk darauf zu legen, dass bestmöglich organisatorische und bauliche Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers getroffen werden.

Antwort von Anna Hofmann (DIE LINKE): Nach allen aktuellen Studien (z.B. des Wuppertal-Instituts) kann das 1,5-Grad-Ziel von Paris nur mit einer deutlichen Reduzierung des Lkw-Verkehrs und einer Halbierung des Pkw-Verkehrs bis 2030 erreicht werden. Dabei ist die A49 nur ein Teil eines bundespolitischen Problems, weiterhin auf den Individualverkehr und nicht auf die Schiene/ÖPNV als Alternative zu setzen.

In 2016 hat die große Koalition mit dem Bundesverkehrswegeplan (gilt bis 2030) die Weichen auf weiteres Wachstum gestellt: beim Pkw-Verkehr um 10 Prozent, beim Lkw-Verkehr sogar um 40 Prozent. 850 zusätzliche Autobahn-Kilometer sind darin festgeschrieben. Fast alle Straßenbauprojekte werden mit örtlichen Verkehrsproblemen begründet. Aber nicht nur - hier vor Ort - in Mittelhessen liegen Alternativkonzepte vor: Mit reaktivierten Bahnstrecken, Gleisanschlüssen für Güterverkehr und Ausbau des ÖPNV könnten hunderte Millionen Euro gespart und die Umwelt geschützt werden. Beim „Lückenschluss“ der A49 (u.a.) aber werden mehr als 1,4 Milliarden Euro in ein ÖPP-Projekt gepumpt. Obwohl der Bundesrechnungshof Die „Öffentlich-Private-Partnerschaft“ verspricht dem Kapitalinvestor Gewinne – ganz klar auf Kosten der Allgemeinheit.

Mit dem Weiterbau der A49 werden Biodiversitäts-Abkommen, die europäische Wasserrahmenrichtlinie, und vor allem das Pariser Klimaschutzabkommen gebrochen. Die Rechte zukünftiger Generationen auf eine nachhaltige Infrastruktur und eine intakte Umwelt

werden dabei sowieso ignoriert. Es ist eine System- und Machtfrage, dass Profite für die Bau-, Auto- und Logistikkonzerne schwerer wiegen sollen als Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

DIE LINKE hat auf allen Ebenen im Bundestag, Landtag und Kreistag gefordert die ÖPP-Verträge zum Bau und Betrieb der A 49 umgehend zu kündigen sowie ein Moratorium für den Weiterbau der A 49 einzuleiten und die von den Bürgerinitiativen und Umweltverbänden vor Ort vorgeschlagenen Alternativen zur qualifizierten Beendigung der A 49 sowie zur Stärkung umweltfreundlicher Verkehrsmittel zu prüfen und ggf. umzusetzen.

Antwort von Thomas Riedel (FDP): Verkehrswende ist nicht unumstritten, wir sind seit mehr als 40 Jahren für den Lückenschluss der A49. Die Frage ist leider so offen gestellt, dass es mir schwerfällt, konkret mehr dazu zu sagen.

Antwort von Jens Womelsdorf (SPD): Die SPD hat den Weiterbau der A49 immer befürwortet. Für den Landkreis und insbesondere die Ostkreiskommunen sorgt die Autobahn für eine bessere verkehrliche Anbindung und deutliche Belebung. Man muss bei diesem Projekt bedenken, dass die Planungen vor rund 40 Jahren begonnen haben. Die Beschlüsse sind längst gefasst, die Umsetzung in vollem Gange. Sicherlich müssen bei zukünftigen Überlegungen der aktuelle Kenntnisstand und die aktuellen Herausforderungen anders berücksichtigt werden. Der Transport von Personen und Gütern auf der Straße wird in den nächsten Jahrzehnten noch weiter eine sehr wichtige Rolle einnehmen. Durch Umstellung der Fahrzeuge auf alternative Antriebstechnik werden die Folgen für die Umwelt sich in Zukunft deutlich verringern. Dennoch muss die Verkehrswende energisch vorangetrieben werden. In Zukunft muss der Ausbau des Nahverkehrs Vorrang vor dem Straßenbau haben. Ebenso müssen wir die Chancen für die Reaktivierung von Güterverkehren auf Schienen nutzen und es ist davon auszugehen, dass mit einem Fortschreiten der Verkehrswende künftig Verkehr anders organisiert wird und vor allem auch Güterverkehre klimaneutraler funktionieren. Gerade hier muss ein besonderes Augenmerk drauf gelegt werden.

Antwort von Marian Zachow (CDU): Auch wenn ich in vielerlei Hinsicht seit Jahren für die Verkehrswende eintrete, halte ich den (Fertig-)Bau der A49 für unabdingbar, um die seit Jahrzehnten vom Verkehr entlang der Bundes- und Landesstraßen geplagten Anwohnerinnen und Anwohner zu entlasten. Auch für die wirtschaftliche Entwicklung des Ostkreises und die Vernetzung des Landkreises Marburg-Biedenkopf mit der „Boomregion Nordhessen“ hat die BAB 49 eine hohe Bedeutung. Wichtig ist hier aber, keine eindimensionale, autofixierte Sicht

einzunehmen, sondern die Fertigstellung der A49 zum Beispiel zur Schaffung eines Railports Straße-Schiene zu nutzen, um (Güter-)Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

7. Würden Sie ein Radschnellwegenetz im Landkreis vorantreiben? Und wie würden Sie den Ausbau von Radwegen beschleunigen?

Antwort von Carola Carius (Bündnis 90/ Die Grünen): Ich würde Radschnellwege sehr begrüßen und Initiativen wie die der Stadt Wetter zur Umnutzung von vorhandenen, aber stillgelegten Straßen für den Radwegebau gerne prüfen.

Antwort von Anna Hofmann (DIE LINKE): Jede und jeder Fünfte in Hessen nutzt das Fahrrad für den Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte. Zusätzliche 41 Prozent würden umsteigen, wenn es eine Radschnellverbindung gäbe. Aber immer noch 89% geben an das Auto vorrangig zu nutzen. Ein eindeutiger Auftrag an die Politik. In Hessen sind momentan vor allem das Rhein-Main-Gebiet und Kassel am Ausbau eines Radschnellverkehrsnetzes. Das liegt auch an einer Diskriminierung des ländlichen Raums bei den Förderkriterien von Radschnellwegen.

Die Vorgaben aus den „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ (FGSV, ERA, 2010) bilden nach wie vor die Ausgangsbasis, die jede Radverkehrsanlage im landesweiten Radnetz mindestens erfüllen sollte. Das landesweite Radnetz soll mit Radschnellverbindungen und Raddirektverbindungen (nur) dort ausgebaut werden, wo mit einem entsprechend hohen Radverkehrsaufkommen zu rechnen ist. Übersteigt die prognostizierte Zahl der Nutzenden den Wert von 2.000 Radfahrenden an einem Werktag auf dem überwiegenden Teil der Gesamtstrecke, so soll die Verbindung als Radschnellverbindung ausgebaut werden. Bei einem Nutzerpotential von 1.500 – 2.000 Radfahrenden pro Werktag wird der Ausbau nach den Qualitätsstandards für Raddirektverbindungen empfohlen.

Konflikte gibt es auch, wenn Radwege durch den Wald oder an Äckern entlang geführt werden, weil der Wald nicht asphaltiert und beleuchtet werden darf und Landwirte nicht unbedingt einen Radweg neben ihrem Acker haben wollten. Ebenso sind Steigungen bei den Förderkriterien ein Problem. Ebenso dass es eine enge Koordinierung zwischen Städten, Gemeinden, dem Landkreis und dem Land Hessen geben muss, da ähnlich wie beim ÖPNV.

Das größte Problem ist aber das fehlende Personal in der Verwaltung für Radwege die richtigen Fördermittel zu beantragen, die es momentan durchaus gibt, diese könnten nicht

vollständig abgerufen werden, weil Angestellte fehlten, um Förderanträge auszufüllen, Rechtssicherheit herzustellen und die Planungen voranzutreiben.

Aufgrund des langfristigen Planungs- und Umsetzungszeitraums sowie der hohen Komplexität von infrastrukturellen Maßnahmen sollte es deswegen eine interne Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Projektarbeit geben, die auch ESF Mittel für den ländlichen Raum etc. abrufen kann. Der Ausbau von Radschnellwegen sollte im Kontext der übergeordneten Mobilitätsstrategie und gemeindeübergreifend mit der Stadt Marburg und allen Städten und Gemeinden des Landkreises erfolgen. Zunächst sollten geeignete rechtliche, finanzielle und planerische Instrumente identifiziert werden, die für die Umsetzung zur Verfügung stehen. Durch geeignete Bestandsanalysen der vorhandenen Infrastrukturen, Verkehrsströme und Nachfragepotenziale muss der Status quo detailliert erfasst werden. (Dazu eignet sich der vorhandene Radverkehrsplan des Landkreises nur bedingt, weil er nur einzelne Kreisradwege betrachtet, aber nicht die Gesamtheit aller Radwegestrecken und auch mehr auf Freizeit ausgelegt ist. Mit zunehmender Elektromobilität kann man aber durchaus 20km zurück legen). Die interkommunale Zusammenarbeit besitzt deswegen die größte Bedeutung für die gemeindeübergreifende Konzeption und Integration der Rad(schnell)wege. Durch die Auswertung von erfolgreichen Projekten und die Kontaktaufnahme mit Beteiligten aus anderen Regionen (Rhein-Main und Kassel) können weitere Erkenntnisse über Umsetzungshemmnisse und Erfolgsfaktoren gesammelt werden. Auch hinsichtlich der Finanzierung gilt es, verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten, wie Förderprogramme (EU, Land, Bund) oder Sponsoren, frühzeitig einzubeziehen.

Antwort von Thomas Riedel (FDP): Der Ausbau der Radwege ist ein Fokus meiner Kandidatur: Das Angebot an Radwegen im Kreis muss vergrößert werden und bestehende Radwege ausgebaut werden. Besonders muss hierbei die Anbindung von kleineren Gemeinden an größere Ballungsräume verbessert werden. Mein Ziel ist es, ein kreisweites Netz an Fahrradwegen entstehen zu lassen.

Antwort von Jens Womelsdorf (SPD): Ein Radschnellwegenetz ist wichtig und sollte ausgebaut werden, dies trifft insbesondere auf die Anbindung von großen Städten zu. In den letzten Jahren hat der Landkreis das Radwegenetz im Kreis mit umfassender Bürgerbeteiligung geplant und ist in der Umsetzung. Noch nie zuvor wurden so viele Radwege gebaut, wie seit dem Amtsantritt von Landrätin Kirsten Fründt. Vielfältige in der Zuständigkeit des Kreises liegende Wege stehen vor der Umsetzung. Auch andere Kostenträger sind in der letzten Zeit deutlich offensiver geworden. Planungsprozesse und Umsetzungsschritte benötigen oftmals mehrere Jahre. Dies ist unbefriedigend, aber nur bedingt vom Kreis beeinflussbar. Wenn neue Planungserleichterungen beschlossen würden,

wird dies begrüßt und könnte zu einer Beschleunigung führen. Bei der Erarbeitung von Konzepten für ein Radwegenetz sollen in Zukunft die Schnittstellen zum Nahverkehr und die Mitnahme von Fahrrädern in Bahn und Bus stärker bedacht werden. Dies muss bereits auf der Ebene der Regionalplanung stärker als bisher berücksichtigt werden.

Antwort von Marian Zachow (CDU): Der Landkreis hat seine „Hausaufgaben“, was den Radwegeausbau anlangt, erledigt. Über 2/3 der geplanten Radwegprojekte befinden sich im fortgeschrittenen Stadium, d.h. Planungsaufträge sind vergeben bzw. stehen unmittelbar vor der Vergabe. Das Nadelöhr ist hier eher das aufwendige Verfahren zur Realisierung: der Bau eines für den Alltagsradverkehr geeigneten Radweges ist heute fast ähnlich aufwendig wie der Bau von öffentlichen Straßen; das ist für eine Mobilitätswende definitiv zu langsam. Deswegen ist die Bundespolitik gefordert, bei nachhaltigen Mobilitätsprojekten – z.B. auch bei Bahnstrecken- Planungs- und Genehmigungsverfahren wirksam zu beschleunigen. Ein Radschnellwegenetz wäre vielleicht eine Zukunftsperspektive; zunächst sollten aber die „normalen“ Radwege im Vordergrund stehen. Viel Potential für einen (hessenweiten) Radschnellweg sehe ich aber in der Verlängerung der Rad-Verbindung Marburg-Gießen-Rhein-Main bis Neustadt.

8. Der unteren Wasserbehörde des Landkreises obliegt unter anderem die Wasseraufsicht für das Grundwasser und die Trinkwasserschutzgebiete, aber auch für alle Oberflächengewässer (inklusive der Überschwemmungsgebiete) und ist damit ein potenzieller Wirkbereich für Sie als zukünftige*n Landrätin bzw. Landrat. Vor diesem Hintergrund:

a) Wie stehen Sie zur Gefährdung des Trinkwassers durch den Weiterbau der A49 und wie möchten Sie die Sicherheit des Grundwassers in diesem Bereich sicherstellen?

b) Wie möchten Sie sich beim Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke (ZMW) dafür einsetzen, dass die Gefährdung der Trinkwasserversorgung und der Grundwasservorräte im Landkreis durch den Verkauf von Wasser ins Rhein-Main-Gebiet, insbesondere vor dem Hintergrund von zukünftig vermehrt auftretenden Dürrejahre, reduziert bzw. langfristig beendet wird?

c) Wie möchten Sie den Hochwasserschutz, auch in Bezug auf die Klimafolgenanpassung, noch besser vorantreiben?

Antwort von Carola Carius (Bündnis 90/ Die Grünen): a) Siehe oben, Antwort zu 6 (A 49).

b) Der Grundwasserschutz, auch verbunden mit der Reduzierung von Trinkwasserverbrauch, muss wieder zentrales Thema werden. Damit einhergehend soll aus meiner Sicht auch wieder die Nutzung von Oberflächenwasser/Regenwasser zur Gartenbewässerung und für Toilettenspülungen attraktiv gemacht werden. Je schneller auf allen Ebenen eingespart wird, umso besser.

c) Die Kommunen Kirchhain, Neustadt, Amöneburg und Rauschenberg machen es uns gerade vor. Sie haben sich zusammengefunden für ein Klimaanpassungsmanagement. Der Landkreis half dabei, einen Förderantrag zur Finanzierung der angestrebten Stelle beim Bund zu erstellen. Der interkommunale Ansatz unter potentieller Nutzung von Bundesfördermitteln ist ein sehr begrüßenswerter Ansatz, bei dem ich große Hoffnung habe, dass der Landkreis von diesem Beispiel gut lernen kann.

Antwort von Anna Hofmann (DIE LINKE): a) DIE LINKE. im Hessischen Landtag hatte diesbezüglich eine fachgutachterliche Stellungnahme von RegioConsult in Auftrag gegeben, die schwerwiegende Mängel im Gewässerschutz beim Neubau der A 49 (Stadtallendorf – Gemünden (VKE 40) aufzeigt.

Der Grundwasserschutz zum Bau der A49 ist nach dieser Studie nicht gegeben – das zuständige Hessische Verkehrsministerium muss eine Planänderung einleiten: Das Hessische Verkehrsministerium ist dafür zuständig, die Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses für den Weiterbau der A 49 zu überwachen und - wenn Mängel ersichtlich werden - diesen auch zu ändern. Die Verantwortung ist auch nach der Übergabe der Zuständigkeit an die Autobahn GmbH bei Hessens Minister Tarek Al Wazir (Grüne) geblieben. Es ist nicht akzeptabel, dass sich der Hessische Verkehrsminister für ‚nicht zuständig‘ erklärt. Die Arbeit der ahu GmbH vom November 2020 genügt nicht den Anforderungen eines Fachbeitrages zur Überprüfung der Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinien (WRRL), wie ihn das Bundesverwaltungsgericht gefordert hat.

Aus fachlicher Sicht hätte das Verkehrsministerium das bei der ahu GmbH eingeholte Gutachten zur Überprüfung der Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) zurückweisen müssen. Für eine Planaufsichtsbehörde grenzt es an Verleugnung, das ahu-Gutachten als Nachweis der Unbedenklichkeit des Autobahnbaus für das Oberflächen-, Grund und Trinkwasser zu akzeptieren. Belegt werden kann, dass mit den vorliegenden Planungen das

Verschlechterungsverbot der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) nicht vollständig eingehalten werden kann und gegen das Wasserhaushaltsgesetz verstoßen wird.

Der geplante Eingriff in das Grundwasser durch Brückenpfeiler (Joßklein, Gleentalbrücke) ist nicht anhand von Bauplänen untersucht worden: es gäbe nur Abschätzungen – und das, obwohl im Planfeststellungsbeschluss eine Verunreinigung des Grundwassers durch die Brückenbauten erwartet wird. Das Gutachten kommt außerdem zu dem Ergebnis, dass die Daten über die Gründungstiefe der Brückenpfeiler im Grundwasser für das ahu Gutachten vom Ministerium nicht eingefordert und von der DEGES nicht vorgelegt wurden. Abwehrbrunnen gegen die Grundwasserverunreinigung an der Gleentalbrücke waren bis heute vor Ort nicht nachzuweisen.

Auch die Einleitung von Autobahnabwässern in das Wasserschutzgebiet spricht gegen das Verschlechterungsverbot der WRRL. Die geplante Technik - Ableitung der Abwässer über eine einwandige Fernableitung – entspricht laut der fachlichen Stellungnahme seit Jahren nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik. Generell hätte die Aachener ahu GmbH neuere Gewässerdaten berücksichtigen oder erheben müssen. Daten zu der biologischen Gewässergüte dürfen eigentlich nicht älter als 3 Jahre sein, Daten zur Hydromorphologie nicht älter als 6 Jahre sein. Viele Gewässerdaten (v.a. von Schwermetallen außer Quecksilber) fehlten überhaupt und das Grundwassermonitoring sei unzureichend. Auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Autobahnentwässerung wurde nicht berücksichtigt.

Der Weiterbau der Autobahn trotz nicht berücksichtigter Daten für die Brückenbauwerke, der fehlenden Abwehrbrunnen, der schöngerechneten Schadstoffbelastung der Autobahnabwässer und dem eindeutig rechtswidrigen Plan, diese Abwässer in der Schutzzone II des Wasserschutzgebietes zu entsorgen, ist eine massive Verletzung der Aufsichtspflicht der Planfeststellungsbehörde.

Im Kreistag hatte die LINKE (zusammen mit den Grünen) mehrfach ein Moratorium und die Einleitung eines Planänderungsverfahrens durch das Hessische Wirtschafts- und Verkehrsministerium für einen besseren Gewässerschutz eingefordert. Diesen Beschluss sollte man erneut fassen. Außerdem könnte Landkreis als untere Wasserschutzbehörde im Wasserschutzgebiet II verstärkt Kontrollen durchführen und die Belastungsgrenzwerte überprüfen. Wenn sich hier eine deutliche Verschlechterung und hohe Belastungen zeigen, wäre dies evtl. nochmal eine Möglichkeit den Klageweg zu bestreiten.

b) Die LINKE hat auf Kreisebene sowohl die Überprüfung als auch die Beendigung des Verkaufs von Burgwaldwasser über Fernleitungen in das Rhein-Main Gebiet gefordert. Die Aktion Rettet unseren Burgwald e.V. hat dazu umfangreiche Thesenpapiere vorgelegt, die für mich als Landrätin Leitlinien wären. Es kann nicht sein, dass wir im Landkreis die Trockenlegung

unserer Moore riskieren und gleichzeitig die Stadt Frankfurt alle ihre Außenanlagen mit Trinkwasser bewässert. Die Wasserressourcen des wasserreichen Rhein-Main-Gebietes werden für die dortige Versorgung nur zum Teil genutzt. Das Rhein-Main muss seine Eigenversorgung und Eigenverantwortung daher erheblich stärken und dazu parallel den Fernwasserimport aus dem Umland reduzieren. Ein großer Teil des Wasserbedarfes im Rhein-Main-Gebiet kann mit Nicht-Trinkwasser abgedeckt werden (Bsp. WC-Bedarf: in Bürogebäuden ca. 80% des Gesamtbedarfs; Bewässerung 100%). Dafür soll das vor Ort verfügbare Brauchwasser genutzt werden. Dadurch sinkt der Trinkwasser- und damit der Grundwasserbedarf. Der Grundwasserelexport aus der Burgwaldregion nach Rhein-Main über 120 km ist einzustellen, da das Wasser dort zur Sicherstellung der Wasserversorgung (bei nachhaltiger Nutzung) nicht gebraucht würde. Gesetzlich ist die Nutzung Grundwasser auf den Bedarf der jeweiligen ortsnahen Wasserversorgung zu beschränken (vgl. WHG §50). Nur in nachzuweisenden Ausnahmefällen, wenn die Wasserversorgung nicht aus ortsnahen Ressourcen sichergestellt werden kann, darf eine anteilige Fernwasserversorgung erlaubt werden. Dieses Prinzip verletzt der Fernwassertransport von Trinkwasser nach Frankfurt nachhaltig.

c) Ich würde mich an den BUND-Forderungen: Dürren und Hochwässer – Zwei Gesichter der Klimakrise. 16 Punkte für eine wirksame politische Antwort orientieren. Neben den 5 allgemeinen Punkten: Einen Ausstiegsplan aus fossiler Energie: Klimaneutralität bis 2040/Ausbau von Bus und Bahn/Abbau umweltschädlicher Subventionen werden 11 Konkrete Maßnahmen für Hochwasserschutz genannt.

Den Flüssen mehr Raum geben statt sie noch höher einzudeichen und in ein engeres Korsett zu zwängen: Die Wiedervernetzung der Flüsse mit der Flussaue ist nicht nur extrem wichtig für die Stärkung der Biodiversität sowie den Rückhalt von Nährstoffen und Kohlenstoff. Eine naturnahe, lebendige Aue nimmt in Hochwasserperioden auch Wasser wie ein Schwamm auf und gibt es bei niedrigeren Wasserständen langsam an den Fluss zurück. Dies verbessert die Wasserführung in Perioden mit geringem Wasserangebot. Auen müssen vor Bebauung geschützt und renaturiert werden. (Auch die Lahnauen in Marburg, die im Regionalplan Mittelhessen als Baugebiet ausgewiesen wurden. Das ist nicht nur falsch, sondern total rückwärtsgewandt.)

Unser Wasserhaushalt ist bedroht – es braucht einen ökologischen Umgang mit Quellen, Bächen, Böden und dem Grundwasser. Aktuell findet hier mit technisch dominierten Lösungen wie größer dimensionierten Kanälen nur eine Symptombekämpfung statt. Doch der Wasserhaushalt in der Landschaft wird seit Jahrzehnten gestört, mancherorts sogar zerstört. Der Schlüssel für eine auf Dauer gesicherte Wasserversorgung für Mensch, Pflanze und Tier liegt in einem ökologischen Umgang mit unseren Quellen, den Bächen, den Böden und dem Grundwasser. Um Oberflächenwasser und Regenwasser in der Landschaft zu halten, bedarf

es naturbasierter Lösungen, wie Hecken- und Baumstrukturen in der Agrarfläche, deren Wurzelwerk unterirdisch das sonst abströmende Wasser zurückhält und speichert. Im Siedlungsbereich, darf das Oberflächenwasser nicht wie bisher direkt in die Vorfluter abgeleitet, sondern muss vor Ort zurückgehalten und versickert werden, da sonst die Kanäle überfluten und die Hochwassergefahren zunehmen.

Im Landkreis müssen Hochwasserentstehungsgebiete nach § 78d Wasserhaushaltsgesetz erfasst werden. In diesen ausgewiesenen Hochwasserentstehungsgebieten muss die Anordnung von Versickerungs-Wasserrückhaltevermögens von Böden sofort erfolgen.

Die Flächenversiegelung muss gestoppt werden: Versiegelte Böden können kein Niederschlagwasser aufnehmen. Daher ist die Versiegelung durch neue Siedlungen und neue Infrastrukturmaßnahmen wie den Autobahnbau zu stoppen. Anstelle immer mehr Neubaugebiete auszuweisen im Landkreis, sollte man sich zunächst um die Sanierung der Leerstände in den Gemeinden kümmern und ein Leerstandskataster erstellen. Erosionsschutz durch Wälder fördern: Starke forstliche Eingriffe sind besonders an Hanglagen aus Gründen des Erosionsschutzes zu unterlassen. Es gilt, bestehende Wälder zu erhalten. Den Waldumbau weg von naturfernen Nadelforsten hin zu naturnahen Laubwäldern zügig voranzutreiben. Besonders die flach wurzelnden Fichten müssen durch tiefer wurzelnde Arten wie Buche, Eiche oder Tanne in höheren Lagen, ersetzt werden. Für den Waldumbau ist ein Bundesjagdgesetz überfällig, welches ein waldfreundliches Wildtiermanagement sicherstellt. Wo Erosionsschutz und Wasserrückhalt Priorität erhalten müssen, sollten Hanglagen der öffentlichen Hand wiederbewaldet werden Naturverjüngung und mit heimischen Baumarten sowie unter Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes wie dem Erhalt von Offenlandlebensräumen.

Katastrophenschutz und ehrliche Vorbereitung in Risikogebieten: Etwaige Lücken beim Katastrophenschutz müssen herausgearbeitet werden und die daraus abgeleitete Infrastruktur sichergestellt werden. Es braucht unterschiedliche Flutpläne für verschiedene Szenarien. Dazu müssen bereits vorhandenen Übersichten der Hochwasserrisikogebiete (APSF) um flächendeckende „Starkregen-Hinweiskarten“ ergänzt werden. Ein einfacher Informationszugang muss gewährleistet sein, auch für Bevölkerungsgruppen ohne Smartphone. Die Bevölkerung muss breit über Hochwasserrisiken die an Unterläufen von Flüssen und durch Starkregenerscheinung entstehen, aufgeklärt werden. Dazu gehört, dass das Management der Talsperren vorrangig auf den Hochwasserschutz ausgerichtet werden muss. Die kritische Infrastruktur und vulnerable Gruppen wie beispielsweise Patient*innen und Ältere müssen in den Schutzkonzepten besondere Berücksichtigung finden.

Antwort von Thomas Riedel (FDP): Ich schätze die Gefährdung aufgrund der baulichen Abtrennung, welche verhindern, dass Schwermetalle ins Grundwasser sickern sowie den

technischen Verfahrensregeln und allgemeine Leitsätze zur hygienisch sicheren Trinkwasserversorgung gemäß dem Leitfaden für die zentrale Trinkwasserversorgung (DIN 2000), als gering ein. Der ZMW fördert Grundwasser unter ökologischen Gesichtspunkten im Einklang mit strengen gesetzlichen Vorschriften. Überlauflächen bieten einen guten Hochwasserschutz, weshalb ich sie für sehr sinnvoll erachte. Ich setze mich für einen Ausbau dieser Flächen in Marburg-Biedenkopf ein. Ich vertraue auf die Behörde, die Ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen wird und diese hat sich als kritische Behörde herausgestellt, somit kann man von einer gesetzeskonformen Vorgehensweise ausgehen. Was die Wasserversorgung des Kreises und unsere Lieferungen in das Rhein Main Gebiet betrifft, verbieten sich Kommentare, solange man die Verträge nicht kennt. Es muss jedoch sichergestellt sein, dass es keine Lieferungen zu Lasten des Kreises geben darf.

Antwort von Jens Womelsdorf (SPD): Die Kommunen sollen für die Erarbeitung von Hochwasserschutzkonzepten Förderungen über den Kommunalen Entwicklungsfonds erhalten. Um zu vermeiden, dass solche Katastrophen wie letztes Jahr in NRW und Rheinland-Pfalz entstehen, muss der präventive Katastrophenschutz verbessert und ein eingespieltes System für die Vorwarnung vorgehalten werden.

In Zukunft muss eine auf die Region bezogene Wasserwirtschaft, bei der Entnahme und Grundwasserneubildung ausgeglichen sein müssen, verfolgt werden.

Als Verbandsversammlungsvorsitzender des ZMW habe ich mich ebenso mit der Struktur des ZMW beschäftigt. Da es sich um langfristige Verträge für die Wasserlieferungen nach Südhessen handelt, muss hier der Fokus auf die Möglichkeiten des Wassersparens gelegt werden. Wir haben ein sehr hohes Einsparpotential durch die Nutzung von Regenwasser zum Beispiel bei Toilettenspülungen oder beim Gartenwässern. Hier müssen Kommunen und Kreis daran arbeiten, dass bei Neubauten generell aber auch bei Altbauten mit Förderung erreicht wird, dass wir ähnlich wie von den Stadtwerken Marburg mit Förderprogrammen forciert, wesentliche Grundwasserverschwendung reduzieren.

Antwort von Marian Zachow (CDU): a) Im Planungsverfahren ist – durch das Regierungspräsidium Gießen – umfassend und detailliert auch geprüft worden, inwieweit eine Gefährdung des Trinkwassers vermieden werden kann. Notwendige bzw. erforderliche Maßnahmen wurden im Planfeststellungsbeschluss festgelegt. Auf diese Prüfung des Regierungspräsidiums Gießen will und muss ich mich verlassen und kann und will diese Überprüfungen einer anderen Stelle weder bewerten noch kommentieren.

b) Die Lieferung von Trinkwasser ins Rhein-Main-Gebiet kann nach meinem Dafürhalten nicht eindimensional betrachtet werden. Solange tatsächlich hier Ressourcen vorhanden sind, die ohne die Bestände dauerhaft zu gefährden, auch ins Rhein-Main-Gebiet geliefert werden können, ist es auch eine Frage der Solidarität, die Metropolregion Rhein-Main bei der Trinkwasserversorgung nicht allein zu lassen. Immerhin ist die Region Rhein-Main nicht nur bloßer Verbraucher, sondern Trinkwasser im Rhein-Main-Gebiet wird auch von Menschen gebraucht, die als Pendler(innen) täglich in die Region fahren oder von Unternehmen genutzt, von deren Erfolg wiederum auch die Menschen in unserer Region profitieren.

c) Hochwasserschutz ist in erster Linie eine Aufgabe der Kommunen, die den Landkreis nur in wenigen Teilbereichen betrifft, z.B. bei der Beseitigung von Bauten, die die Stabilität von vorhandenen Deichen beeinträchtigen. Insgesamt ist mein Eindruck, dass die Kommunen des Landkreises den Hochwasserschutz insgesamt sehr ernst nehmen und hier z.T. sehr wirkungsvolle Projekte auf- und umgesetzt bzw. zumindest auf den Weg gebracht haben.

9. Wie möchten Sie den Anteil ökologisch produzierter Lebensmittel im Landkreis erhöhen sowie deren regionale Weiterverarbeitung und Vermarktung vorantreiben?

Antwort von Carola Carius (Bündnis 90/ Die Grünen): Eine gesunde und ökologische Ernährung bedingt auch eine ökologische Urproduktion. Sie ist ein zentrales Thema grüner Politik. Im Idealfall ist sie nachhaltig, regional und fair gehandelt. Die Produzent:innen erhalten dann faire Preise für ihre Produkte und die Verbraucher:innen müssen durch eine gute Kennzeichnung diese Produkte auch klar erkennen können. An einigen Stellschrauben kann der Landkreis hieran mitwirken. An anderen nicht.

Mein besonderes Interesse beim Thema Ernährung liegt beim Mittagessen in den Schulen. Hier könnten wir sehr viel erreichen, wenn es gelänge gesunde und ökologische Mittagessen anzubieten. Wir würden der Chancengleichheit Vorschub leisten, wenn jedes Kind eine gesunde Mittagsmahlzeit für wenig oder keinen Geldbeitrag bekäme, und es würde der frühen Bewusstseinsbildung bei den Schüler:innen für den Themenkomplex dienen. Wenn es hierfür ein politisches Votum gibt, bedarf es vieler Helfer, die ihre Expertise, ihre Produktionsmittel und ggf. auch Geld in solch ein wegweisendes Projekt hineingeben. Es müsste perspektivisch kreisweit angeboten werden. Hierdurch entstünde zudem ein sicherer Absatzmarkt für ökologisch produzierte Lebensmittel. Das könnte landwirtschaftlichen Betrieben helfen, sich für die Umstellung auf ökologischen Landbau zu entschließen.

Mein zweiter Schwerpunkt wäre, die Weiterverarbeitung von ökologisch produzierten Lebensmitteln im Landkreis zu fördern. Auch wenn der Fleischkonsum insgesamt im Sinne des Klimaschutzes geringer werden muss, wird er doch fester Bestandteil der Ernährung bleiben. Sollen die Tiere nach ökologischen Maßstäben gehalten werden, bleibt das Problem der Schlachtung. Es gibt keinen Schlachthof für Tiere aus ökologischem Landbau im Landkreis. Insgesamt gibt es wenig weiterverarbeitendes Gewerbe für diese Produkte. Daraus resultieren weite Wege zur Verarbeitung, die mit Energieverbrauch und Kosten verbunden sind.

Gut wäre, wenn auch ganz neue Produkte im Landkreis entstehen würden. Beispielsweise Pilzanbau nach ökologischen Standards. Alleine schaffen wir das nicht, aber als Modellregion ökologischer Landbau haben wir einen guten Ausgangspunkt.

Interessant finde ich auch den Ansatz des Ernährungsrates Marburg und Umgebung, die sich für eine nachhaltige Ernährungsstrategie aussprechen. Als Landrätin würde ich zeitnah die Akteure des Landkreises im Arbeitsgebiet zum Austausch zusammen bitten, um Chancen und Möglichkeiten herauszuarbeiten.

Antwort von Anna Hofmann (DIE LINKE): Durch eine andere gemeinwohlorientierte Flächenvergabe und Verpachtung von Flächen an kleine und ökologisch arbeitenden Landwirte. Eine entsprechende Richtlinie könnte von allen Gemeinden und Städten verabschiedet werden und von der Verwaltung vom Landkreis koordiniert.

Der Landkreis sollte in allen Verwaltungs- und Schulkantinen nur noch regionale und wenn möglich Bioprodukte anbieten und so zur Nachhaltigkeit von Schul- und Kantinenessen beitragen. Die LINKE hat dabei immer einen freien Mittagstisch für Schülerinnen gefordert und faire Preise in den Kantinen. Die Mehrkosten müsste an dieser Stelle der Landkreis tragen. Damit würden an dieser Stelle, der richtige Personenkreis subventioniert: regionale Verbraucher*Innen. Diese bekämen einen festen Abnehmer ihrer lokalen Produkte. Vielleicht könnte man so auch wieder mehr heimische Landwirtschaft ansiedeln. Es ist zwar auch richtig und wichtig über gesunde Ernährung an Schulen aufzuklären, aber jedes 5 Kind kann sich eine solche gesunde Ernährung gar nicht leisten. Daher halte ich Ernährungsführerscheine und ähnliche Initiativen eher für Augenwischerei. Interessant wären auch Kochkurse an der VHS mit regionalen Produkten, die für Teilnehmer*innen im Sozialleistungsbezug frei sind.

Antwort von Thomas Riedel (FDP): Ich setze mich für die Stärkung der Unabhängigkeit der Landwirtinnen und Landwirte ein. Nur mit fairen Rahmenbedingungen für den Wettbewerb können wir die Abwanderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Weiterverarbeitung der Lebensmittel ins Ausland verhindern. Hierfür braucht es einen Abbau

von bürokratischen Hürden, als auch transparente Standards, besonders im Bereich des Tierschutzes.

Antwort von Jens Womelsdorf (SPD): Der Landkreis ist in diesem Bereich schon vorbildlich unterwegs und unterstützt dies im Rahmen vieler Aktivitäten. Dies werde ich beibehalten, z.B. im Rahmen der Ökomodell-Region Marburg-Biedenkopf. Natürlich können wir durch die stärkere Vernetzung der Angebote und die Stärkung von Dorfläden und regionaler Vermarktung diese noch weiter stärken. Ich sehe hier auch eine wichtige Rolle bei der Aufklärung und Wissensvermittlung über die Mankos von Massenproduktion von Lebensmitteln. Darüber hinaus wünsche ich mir regionale und biologische Produkte in der Verpflegung an den Schulen des Landkreises und in seinen sonstigen Liegenschaften. Darüber hinaus werde ich alle Ansätze unterstützen, die beitragen zur besseren Vermarktung und zum einfacheren Vertrieb dieser Lebensmittel, über Lebensmittel-Automaten und Lieferdienste sowie alternative landwirtschaftliche Produktionsformen (z. B. Solawi etc.).

Antwort von Marian Zachow (CDU): Mir liegt es sehr am Herzen, ökologische wie konventionelle Landwirtschaft bei der (Direkt-)Vermarktung von regionalen Produkten zu unterstützen. Erfolgreiche (Modell-)Projekte wie Dorfläden oder -automaten mit regionalen Produkten vor Ort können gleichermaßen Nachhaltigkeit stärken wie die Dorfkerne beleben. Letztlich wird ein Wandel aber nur gelingen, wenn die Verbraucherinnen und Verbraucher auch bereit sind, für gute regionale Produkte auch (ein bisschen) mehr auszugeben. Ein wichtiger Schlüssel zur erfolgreichen Vermarktung von regionalen und nachhaltigen Produkten ist deswegen, auch in der Bildung zu vermitteln, wie wertvoll und kostbar regionale und nachhaltige Produkte sind.

10. Wie stehen Sie zu der Idee, den Landkreis zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen zu erklären und somit grundsätzlich Bereitschaft zur Aufnahme über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus zu zeigen und sich für sichere Fluchtwege einzusetzen?

Antwort von Carola Carius (Bündnis 90/ Die Grünen): Sichere Häfen ist ein Projekt, das unter der Ära Seehofer ins Leben gerufen wurde. Damals wie heute ist der Beitritt ein wichtiges

Zeichen für eine humane Geflüchtetenpolitik und die damit verbundene Verantwortung, die der Staat zu tragen hat.

Als Landrätin möchte ich, dass unser Landkreis, wie so viele andere Kommunen und Kreise in Deutschland, ein Sicherer Hafen wird. Im Rahmen des Hessischen Landkreistages möchte ich auch die Vernetzung in diesem Bereich voranbringen, die hessische Koalition an ihr Versprechen eines Landesaufnahmeprogramms erinnern und Überlegungen anstreben, wie wir Menschen in Not bei uns vor Ort einen Sicherer Hafen bieten können. Dabei ist es mir ein besonders wichtiges Anliegen, dass neben dem Krieg in Europa, nicht die Menschen vergessen werden, die in einem Kriegsgebiet leben, deren Lebensgrundlage vom Klimawandel bedroht ist oder die allgemein vor Gewalt und Armut flüchten.

Antwort von Anna Hofmann (DIE LINKE): Die LINKE hat zusammen mit der Klimaliste und den Grünen mehrfach gefordert sicherer Hafen zu werden und über den Königsteiner Schlüssel hinaus Menschen im Landkreis aufzunehmen und zu integrieren. Es ist großartig wie engagiert im Landkreis und der Stadt Marburg momentan Initiativen und Vereine sich um Geflüchtete aus der Ukraine kümmern. Wie unbürokratisch man Lösungen finden konnte ukrainische Schutzsuchende mit der Deutschen Bahn kostenfrei von Polen nach Deutschland zu bringen und wie schnell Menschen in die sozialen Sicherungssysteme integriert werden können: Wenn der Wille dazu da ist.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass auch andere Kriege und Krisen nach wie vor Menschen zur Flucht zwingen. Auch diese brauchen unsere Solidarität und unsere Aufnahmebereitschaft im Landkreis.

Es sitzen immer noch über 1000 Geflüchtete aus Afghanistan, Irak, Syrien, Jemen, Somalia und Iran in polnischen Abschiebungsgefängnissen fest, weiterhin wird Schutzsuchenden in den belarussisch-polnischen Grenzwäldern der Zutritt nach Polen gewaltsam verwehrt und Menschen sitzen hinter Stacheldrahtzaun auf griechischen Inseln fest.

Gleichzeitig werden immer noch gut integrierte langjährig hier Lebende Geflüchtete aus dem Landkreis abgeschoben. Riffat M. ist immer noch bedroht aus Gladenbach abgeschoben zu werden: trotz Ausbildung, vorbildlicher Integration und Beschlüssen aus dem Gemeindeparlament.

Diese Schutzsuchenden fliehen auch vor Krieg und Unterdrückung – sie haben ebenso ein Recht auf Schutz und Bleibe im Landkreis. Solidarität ist unteilbar. Unabhängig von Rasse, Klasse und Geschlecht und deswegen sollte der Landkreis, wie die Stadt Marburg, sich zum sicheren Hafen erklären und alle Spielräume der Ausländerbehörde nutzen Menschen aus dem Landkreis nicht abzuschieben.

Antwort von Thomas Riedel (FDP): Asylverfahren müssen fair, zügig, rechtssicher und vor allem mit Achtung der Menschenwürde ablaufen. Ich setze mich daher für einerseits für sichere Fluchtwege für Schutzberechtigte als auch für die Bekämpfung der Fluchtursachen ein!

Antwort von Jens Womelsdorf (SPD): Der Landkreis Marburg-Biedenkopf hat in der Vergangenheit seine Verpflichtungen in der Flüchtlingskrise erfüllt. Ein wichtiger Baustein ist meiner Sicht aber die Einbindung der Initiativen und Akteure im Landkreis, die mit großem Einsatz Menschen auf der Flucht helfen. Ich persönlich als auch die SPD Marburg-Biedenkopf unterstützen die Erklärung zum sicheren Hafen.

Antwort von Marian Zachow (CDU): Der Landkreis hat 2014/2015 bei der Integration von Flüchtlingen wie auch aktuell bei der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine unter Beweis gestellt, dass intelligente, auf Partizipation und Miteinanderkultur zielende Integration im ländlich-kleinstädtischen Raum gut gelingen kann und hat dafür überregionale und internationale Beachtung gefunden. Bundesweit einzigartige Projekte wie die demokratisch gewählten Flüchtlingssprecher oder das Arbeits-, Kultur- und Bildungs-Projekt Voice zeigen, dass hier nicht nur Unterbringung gelingt, sondern auch die nächsten Schritte gegangen werden, damit aus den Geflüchteten von Gestern und Heute die Nachbarn, Freunde und Arbeitskollegen von morgen werden. Dabei hat Marburg-Biedenkopf – gerade auch zuletzt bei der Integration von Ukrainerinnen und Ukrainern – nie nach Quoten und Zuweisungen gefragt, sondern für gute Unterbringung all derer gesorgt, die Hilfe brauchten. Mit anderen Worten: Marburg-Biedenkopf ist längst nicht nur ein sicherer Hafen, sondern auch ein guter Ort zum Bleiben. Ich lasse an dieser Stelle lieber Taten sprechen als durch den symbolischen Beitritt zu Bündnissen lediglich Zeichen zu setzen.

11. Wie möchten Sie Bildung für nachhaltige Entwicklung im Landkreis fördern? Welche Zielgruppen und Akteur*innen sollten mitbedacht werden?

Antwort von Carola Carius (Bündnis 90/ Die Grünen): Nachhaltige Bildung fängt im Kindergarten an und soll in den Grundschulen weitergehen. Wenn es nach mir geht, sollte Nachhaltigkeit hier mit einem ökologischen Mittagessen für alle Kinder zum kleinen Preis erfahrbar werden. Beim Essen kann man viel zur Nachhaltigkeit vermitteln. Dieses Angebot sollte auch in den weiterführenden Schulen bestehen. Letztlich wäre das auch ein Beitrag zur

Chancengleichheit und zur Gesundheit der Schüler:innen. Ein weiterer wichtiger Bereich sind die Auszubildenden in den Dualen Ausbildungsverhältnissen. Daneben will ich mich für ein breiteres Angebot an außerschulischen Lernorten einsetzen und durch AGs und Betreuungsangebote Kindern und Jugendlichen unsere Umwelt und die Folgen des Klimawandels näher bringen.

Antwort von Anna Hofmann (DIE LINKE): Im Landkreis haben wir von regionalen Energiegenossenschaften, Agendagruppen, dem VCD, BUND und Nabu, Rettet unseren Burgwald e.V., Fridays for Future über Imker- und Geflügelzuchtvereine, dem Suchthilfeverein Fleckenbühl e.V. enorm viele Akteuer*innen, die sich im Bereich Nachhaltigkeit, Artenvielfalt und Biodiversität engagieren. Diese Gruppen und Vereine gilt es über Projekte und Initiativen stärker an einen Tisch zu bringen und die vielfältigen Expertisen: von Trinkwasserschutz bis zur Klimagerechtigkeit auch für die Verwaltung des Landkreises stärker zu nutzen. Denn eine Landrätin und Kreisverwaltung kann nur so gut sein, wie das Expertenteam auf das sie sich stützen. Im Landkreis könnte z.B. über freiwillige Anhörungsverfahren, Bürgerbeteiligungsverfahren, Runde Tische und Vorstellung von Initiativen in Ausschüssen eine viel stärkere Beteiligung von lokalen Initiativen im Bereich Klimaschutz erreicht werden.

Zum anderen sind diese Gruppen auch stärker in die Bildungsarbeit des Landkreises einzubeziehen, z.B. durch Projekte in der Nachmittagsbetreuung an Schulen oder VHS-Angebote. Es sollte zu einem regen Austausch auf allen gesellschaftlichen Ebenen kommen, über verschiedene Formate. Fachtagungen und Nachhaltigkeitstage und Foren gehören m.E. dazu. Z.B. gäbe es die Möglichkeit an Schulen über Brutprojekte alte Geflügelnutztierrassen wieder erfahrbar zu machen und die nächste Generation dafür zu interessieren, wie artgerechte Tierhaltung aussieht.

Lokale Tierschützerinnen sollten durch eine Wildtierauffangstation entlastet werden. Dort könnte man auch alte Nutztierrassen, die gefährdet sind, in das Projekt integrieren. Wie z.B. auf den „Arche-Höfen“. Imkervereine könnten in Schulen ihren Honig über die Kantinen anbieten. Es müsste „Mitmach Projekte“ zur Artenvielfalt geben. Schulgärten könnten auch für Tierprojekte mit lokalen Vereinen genutzt werden. Der Landkreis könnte als Schulträger helfen diese Projekte zu koordinieren und Akteuer*innen zusammen zu führen.

Antwort von Thomas Riedel (FDP): Als Freier Demokrat möchte ich die Wichtigkeit von lebenslangem Lernen unterstreichen. Daher bin ich der Überzeugung, wir müssen alle Zielgruppen mit einem ganzheitlichen Ansatz hier ins Auge fassen. Ich setze mich dafür ein, die nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen strukturell auszubauen und weiterzuentwickeln. Angefangen bei der KiTa, über die Schulen, Hochschulen, bis hin zur

beruflichen Bildung. Dabei müssen wir im Blick haben, dass der Dialog über neue Ideen ideologiefrei und differenziert erfolgt. Wir können den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung nur dann zu einem Erfolg führen, wenn große Teile der Gesellschaft auch dahinterstehen. Nachhaltige Entwicklung darf nicht heißen, dass wir moralisieren und verurteilen, sondern dass wir einen gemeinsamen Prozess gestaltet werden, bei dem sich alle vertreten sehen.

Antwort von Jens Womelsdorf (SPD): Der Landkreis hat in seinem Nachhaltigkeitskonzept – das er als einer der ersten hessischen Landkreise auf Initiative Kirsten Fründts erarbeitete – bereits einen Schwerpunkt dazu. Dieses Konzept müssen wir nun evaluieren und weiterentwickeln und in diesem Prozess einen Schwerpunkt auf Bildung für Klimaschutz und Nachhaltigkeit legen.

Ich setze hier insbesondere darauf, junge Menschen zu erreichen, etwa im Rahmen von Schulprojekten. Mit dem „Tag der Nachhaltigkeit“ werden aber darüber hinaus viele Menschen auch jenseits der Schulen angesprochen. Dazu haben wir auch in der Erwachsenenbildung Möglichkeiten, die Themen der Nachhaltigkeit zu vermitteln und in den Köpfen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu verankern. Die vhs sollte ihre Angebote in diesem Bereich ausbauen.

Wir werden beim Klimaschutz vor Ort nur erfolgreich sein, wenn wir auch möglichst viele Beteiligte überzeugen und mit ihnen gemeinsam an der Umsetzung der Maßnahmen in vielen Lebensbereichen arbeiten. Dazu gehören nicht zuletzt auch die regionale Wirtschaft und hier besonders das Handwerk, dessen Expertise bei der Umstellung auf erneuerbare Energien gefragt ist. Ich sehe aber auch unsere regionalen Kreditinstitute als Akteure, um entsprechende Maßnahmen finanzierungstechnisch zu begleiten, etwa wie die Sparkasse und die Stadtwerke Marburg bei Klimaschutzanleihen für Kund*innen der Stadtwerke.

Antwort von Marian Zachow (CDU): Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein Anliegen, das ich mit Nachdruck unterstütze, seitdem ich Verantwortung für diesen Landkreis trage. Schon seit Jahren pflegen wir eine intensive Nutzung und Förderung von außerschulischen institutionalisierten Lernorten der Nachhaltigkeit (Jugendwaldheim Roßberg, Schulbiologiezentrum) einerseits, projektorientiertem Nachhaltigkeitslernen andererseits (Bauernhof als Klassenzimmer, Ernährungsbildung etc.) für die junge Generation. Nachhaltigkeit ist aber auch ein Thema der Erwachsenenbildung in der Volkshochschule. Besonderen Stellenwert hat in unserem Landkreis das Thema „Klimabildung“: mit unserem „Energiecoach“ und Angeboten für die kleinsten („Klimaschutztheater“) wie für die größeren („Solar-Cup“, „Maus-Türöffner-Tag“ u. v. M. sorgen wir für Bewusstseinsbildung. Auch bei den

Renaturierungs-Projekten der Naturschutzbehörde sorgt der Landkreis – mit Informationstafeln und Materialien – dafür, dass diese neben dem unmittelbaren ökologischen Effekt auch eine Bildungs-Wirkung entfalten. Ich kann mir gut vorstellen, die Aktivitäten zur ganzheitlichen nachhaltigen Bildung in interkommunaler Kooperation zu forcieren.